

## **Willkommensklima kühlt sich deutlich ab**

**Unterstützung vor Ort statt uneingeschränkter Aufnahme von Flüchtlingen - Kritischer Rückblick auf die Flüchtlingspolitik 2015 - Breite Mehrheit für Stärkung des Grenzschutzes gegen illegale Einwanderung**

(2.9.2021) 83% der Österreicher schätzen die Bedrohung für die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung durch die Machtübernahme der Taliban als groß ein. Die uneingeschränkte Aufnahme von Geflüchteten ist für die österreichische Bevölkerung trotzdem kein Thema, nur 5% sprechen sich dafür aus. Die breite Mehrheit von 77% befürwortet humanitäre Hilfe vor Ort bzw. in der Region: 38% davon sind ausschließlich für lokale Maßnahmen, 39% für eine zusätzliche, sofortige Aufnahme von besonders gefährdeten Personengruppen wie Frauen, Kindern, politisch Verfolgten, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Nur 12% meinen, Österreich solle gar nichts tun, 6% haben keine Meinung dazu.

### **Konfliktpotenzial für die Koalition**

Das Thema entzweit die Anhänger der Regierungsparteien: Während 75% der Grün-Sympathisanten Hilfe vor Ort und die gleichzeitige Aufnahme von besonders gefährdeten Menschen aus Afghanistan befürworten, sind ÖVP-Affine zu nur 26% für diese Option. 58% der ÖVP-Anhängerschaft sehen die Lösung der Flüchtlingsfrage ausschließlich in lokalen Hilfsmaßnahmen. Anhänger der Oppositionsparteien SPÖ und NEOS bevorzugen mehrheitlich eine selektive Aufnahme von Geflüchteten einschließlich Hilfe vor Ort (58% und 59%), jene der FPÖ sind zu 53% nur für Hilfe vor Ort und zu 30% dafür, gar nichts zu tun.

Auch die Frage der Rückführung von abgelehnten Asylwerbern polarisiert: Während 38% der Bevölkerung trotz prekärer Zustände für eine Fortsetzung der Abschiebungen nach Afghanistan sind, sehen 42% einen vorläufigen Abschiebestopp als angebracht. Der Vorschlag der Bundesregierung zur Rückführung von Asylwerbern in die Nachbarländer Afghanistans findet hingegen mit 68% eine klare Mehrheit. Auch hier gehen die Meinungen der Anhänger der beiden Regierungsparteien weit auseinander: 83% der ÖVP- und 43% der Grün-Sympathisanten können dieser Idee etwas abgewinnen.

### **Umgang mit der Flüchtlingskrise 2015 beeinflusst die Einschätzung der aktuellen Situation**

Unentschlossenheit herrscht auch bei der Frage, ob es beim Umgang mit der aktuellen Flüchtlingskrise ein gemeinsames EU-Vorgehen geben, oder die Entscheidungshoheit bei den Mitgliedstaaten liegen sollte. 48% sind der Meinung, dass die EU hier federführend agieren sollte, 43% sind für die Selbstverantwortung der Nationalstaaten. Für ein EU-Vorgehen sprechen sich überdurchschnittlich häufig Personen bis 30 Jahre (60%) und mit einer höheren Schulbildung (62%), die Anhänger der Grünen (78%), der SPÖ (68%) und der NEOS (63%) aus. Für eine nationale Strategie im Umgang mit Afghanistan-Flüchtlingen sind vor allem die FPÖ-Sympathisanten (74%).

„Die Erinnerung an die Flüchtlingspolitik 2015 und die Wahrnehmung der Migrationspolitik in den Jahren danach spielen eine große Rolle bei der Einschätzung der derzeitigen Situation. Die Mehrheit der Bevölkerung ist rückblickend der Ansicht, dass die Aufnahme von Flüchtlingen eine falsche Entscheidung der damaligen Regierung war. Es bleibt auch

nicht vergessen, dass es seitens der EU kein einheitliches Vorgehen zur Krisenbewältigung gab. Die Unschlüssigkeit der Bevölkerung bei der Entscheidung für ein nationales oder EU-weites Vorgehen spiegelt die Erfahrung wider, dass es von beiden Seiten bisher keine zufriedenstellenden Lösungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik gab,“ kommentiert die Leiterin des Gallup Instituts, Andrea Fronaschütz, die Ergebnisse der Befragung.

Nur 32% der Bevölkerung sind der Ansicht, dass die Entscheidung zur Grenzöffnung und zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien im Jahr 2015 im Nachhinein betrachtet richtig war, 61% der Befragten sind gegenteiliger Meinung. Von der Richtigkeit der damaligen Strategie im Umgang mit der Flüchtlingskrise sind am ehesten Junge bis 30 Jahre (47%), höher Gebildete (53%) sowie die Anhänger der Grünen (68%), der SPÖ (49%) und der NEOS (45%) überzeugt.

### **Flüchtlinge als Bedrohung für Sicherheit, Werte und Identität sowie Wohlstand**

68% der Befragten sehen durch Menschen, die nach Österreich flüchten, die Sicherheit im Land bedroht, 61% fürchten eine Gefahr für die österreichischen Werte und Identität. Auch um den Wohlstand machen sich 46% Sorgen.

Fronaschütz: „Die öffentliche Debatte über Kriminalität im Zusammenhang mit Zuwanderung sorgt dafür, dass Flüchtlinge als Bedrohung wahrgenommen werden. Die Angst um die eigene Sicherheit lässt das Bedürfnis nach Schutz entstehen. Damit erklärt sich auch die hohe Zustimmung zur Stärkung des EU-Außengrenzschutzes gegen illegale Einwanderung.“

Befragt nach den möglichen Szenarien zur Bewältigung einer allfälligen Fluchtbewegung aus Afghanistan, befürworten die Österreicher den Ausbau des Grenzschutzes am stärksten (72%). Einem „Flüchtlingsdeal“ mit Afghanistans Nachbarstaaten (z.B. Pakistan, Iran, Usbekistan) stimmen 65% zu. Finanzielle Hilfe aus Brüssel für EU-Staaten, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen, heißen 63% gut. Eine Quotenregelung zur Umverteilung von Flüchtlingen in den EU-Staaten inklusive Aufnahmepflicht ist für 51% eine Option, die Schaffung von legalen und sicheren Fluchtrouten nach Europa, um Flüchtlingen gefährliche Wege zu ersparen und Menschenschmuggel zu bekämpfen, für 52%.

Rückfragehinweis:  
Andrea Fronaschütz  
[a.fronaschuetz@gallup.at](mailto:a.fronaschuetz@gallup.at)  
Tel. +431 470 47 24 - 0

Für Medienanfragen:  
Michael Mauritz  
[mm@michaelmauritz.com](mailto:mm@michaelmauritz.com)>  
Tel. +43 664 8180562

Das Österreichische Gallup-Institut,  
Lobkowitzplatz 1  
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859  
Foto: Dr. Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: [www.beahasler.at](http://www.beahasler.at)

\* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung 16+  
(Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup Onlinepanel, durchgeführt vom 26.- 30. August 2021)

*Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text vorwiegend die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets miteingeschlossen.*